

Sachlich Unabhängig Bürgernah

Wahlprogramm der **FREIEN WÄHLER in Thüringen**
für die Wahl des Thüringer Landtages am 14.09.2014

Inhaltsverzeichnis

I. PRÄAMBEL	1
II. DEMOKRATIE	2
III. FAMILIE- UND GESELLSCHAFT	2
IV. BILDUNG UND WISSENSCHAFT	3
V. VERWALTUNG UND LANDESENTWICKLUNG	4
VI. FINANZEN UND KOMMUNALABGABEN	6
VII. WIRTSCHAFTSPOLITIK	6
VIII. BAU- UND VERKEHRSPOLITIK	7
IX. SICHERHEIT UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ	8
X. UMWELT- ENERGIE- UND AGRARPOLITIK	8
XI. TRINKWASSERVERSORGUNG UND ABWASSERENTSORGUNG	9
XII. KUNST UND KULTUR	11
XIII. MEDIEN UND KOMMUNIKATION	11
XIV. THÜRINGEN IM BUND UND IN EUROPA	12

I. Präambel

Wir FREIEN WÄHLER in Thüringen stehen für:

- Politik, frei von Fraktionszwängen!
- Politik, die über die Legislaturperiode hinausschaut!
- Politik, bestimmt von Sach- und Menschenverstand - nicht von Lobbyisten!
- Politik, die kritisch hinterfragt!
- Politik, die mit IHREM Geld sorgsam umgeht!
- Politik, die Personen - ohne politisches Kalkül - in ihrer jeweiligen Fachkompetenz einsetzt!
- Politik, die SIE aktiv mit einbezieht und Bürgerbeteiligung ermöglicht!
- Politik, der man endlich wieder vertrauen kann!

Wir FREIEN WÄHLER in Thüringen wollen:

- ◆ Parteiübergreifende Dialoge im Sinne des Bürgers fördern und vermitteln.
- ◆ Ideologiefreie Sachentscheidungen treffen.
- ◆ Politische Entscheidungen der kleinstmöglichen Einheit überlassen, denn vor Ort sind die Chancen und Risiken von Entscheidungen am besten zu bewerten (Subsidiariäts- und Regionalitätsprinzip).

Als FREIE WÄHLER in Thüringen stehen wir für die zahlenmäßige Mehrheit der parteilosen Kommunalpolitiker im ganzen Land, die bei den Kommunalwahlen mehr Mandate erringen konnten, als alle Altparteien zusammen.

Wir haben unsere Basis und unsere Wurzeln in der Kommunalpolitik und lösen vor Ort Probleme, die größtenteils erst durch realitätsferne Landespolitik entstehen.

Wir stehen für stärkere Gemeinden und Städte mit familienfreundlicher und bezahlbarer Infrastruktur.

Wir sehen uns zukünftig als starker Teil der Oppositionskräfte, die im Thüringer Landtag regulierend und ideengebend wirken werden.

In den nächsten 5 Jahren stehen anspruchsvolle Veränderungen, besonders der Finanzen und der Demografie, vor Thüringen. Wir wollen gemeinsam mit dem Bürger diese Herausforderungen angehen.

Damit nicht radikale Kräfte in den Landtag einziehen, bieten wir uns als landesweit aufgestellte, unabhängige politische Kraft und echte Alternative an, unseren großen kommunalpolitischen Erfahrungsschatz auch in der Landespolitik einzubringen.

Mit uns FREIEN WÄHLERN THÜRINGEN zum Wohl der Menschen und Kommunen, zum Nutzen der regionalen Wirtschaft mit zukunftssichernden Löhnen in ganz Thüringen!

II. Demokratie

„Thüringen – Heimstatt der deutschen Demokratie“

Dass eine Demokratie nur dann effizient funktioniert, wenn sich alle Bürger aktiv beteiligen, liegt auf der Hand. Allerdings setzt eine aktive Beteiligung gleichzeitig ein entsprechendes Verständnis politischer Entscheidungen und deren Tragweite voraus. Es ist die Aufgabe von Parteien hier aufzuklären, zu vermitteln und schließlich den Bürgerinnen und Bürgern Politik lebhaft nahe zu bringen. Dieser Hauptfunktion kommen die Altparteien leider schon lange nicht mehr nach. Das lässt sich beispielhaft an der sinkenden Wahlbeteiligung ablesen. Hier gilt es Konzepte zu entwickeln, um die Politik wieder an den Bürger heranzuführen. Wahlbeteiligungen von unter 40% entziehen vielerorts jedem demokratischen Ideal den Boden. In diesem Kontext regen wir beispielsweise Mindestbeteiligungen bei Wahlen an. Ist ein entsprechendes Quorum nicht erreicht wird ein erneuter Wahlgang fällig. Dies würde im Umkehrschluss dazu führen, dass Parteien sich wieder aktiv mit dem Bürger und seinen Bedürfnissen auseinandersetzen müssen, statt ihre Machtposition gegen demokratische Einflüsse zu sichern und „Pöstchen“ zu verteilen.

Die bereits auf Kommunalebene für verfassungswidrig erklärte Fünf-Prozent-Hürde gilt es in Bezug auf Landtagswahlen ebenfalls kritisch zu hinterfragen. Ausgehend von den Kompetenzen der Länder gegenüber dem Bund macht diese im Kontext einer pluralistisch aufgeklärten Bürgergesellschaft zunehmend weniger Sinn. Im Gegenteil – Die Stärkung der Kommunen als Keimzelle der Demokratie sowie die Umsetzung von mehr Bürgerkompetenzen werden hierdurch aktiv verhindert. Was auf Bundesebene zur effizienten Regierungsarbeit beiträgt, verhindert auf Landesebene demokratische Teilhabemöglichkeiten.

Wir FREIEN WÄHLER in Thüringen beziehen uns daher auf folgende Themenschwerpunkte:

- ◆ Aktives Wahlrecht ab 16 in Kommunen, passives Wahlrecht ab 18 Jahren
- ◆ Stärkung von Bürgerbegehren, Bürgerentscheid und Bürgerbefragung,
- ◆ Einführung von Ratsbegehren, damit auch den Stadt- und Gemeinderäten die Möglichkeit gegeben wird, schwierige Entscheidungen einem Bürgervotum zu stellen
- ◆ Nichtöffentliche Sitzungen (Landtag und Ausschüsse) auf ein Minimum reduzieren, Transparenz schaffen
- ◆ Veröffentlichung aller Protokolle der Gebietskörperschaften und natürlich auch des Landtages und seiner Ausschüsse auf Onlineplattformen
- ◆ Mit allen demokratischen Parteien ohne ideologische Scheuklappen parteiübergreifende Dialoge führen
- ◆ Herabsetzung oder Streichung der 5%-Hürde bei Landtagswahlen
- ◆ Verkleinerung des Thüringer Landtages entsprechend der Bevölkerungsentwicklung und eventuell sogar in Abhängigkeit von der Wahlbeteiligung

III. Familie- und Gesellschaft

„Thüringen – Familienland“

Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie bedarf einer besonderen Förderung, insbesondere auch, um dem demografischen Wandel zu begegnen.

Wir FREIEN WÄHLER in Thüringen beziehen uns daher auf folgende Themenschwerpunkte:

- ◆ Wiedereinführung des Ehecredits für zweckgebundene Investitionen
- ◆ Unterstützung von kommunalen Begrüßungsgeldern für Geburten
- ◆ Soziale und medizinische Förderung und weitere Unterstützung von werdenden Eltern
- ◆ Stärkung sozialer Begegnungszentren und Mehrgenerationenförderung
- ◆ Förderung betreuter Wohnungsformen, um im Alter einen Verbleib am Heimatort zu ermöglichen
- ◆ Unterstützung der ambulanten Palliativbetreuung
- ◆ Aufwertung sowie materielle und rechtliche Sicherstellung des sozialen Ehrenamtes
- ◆ Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften
- ◆ Wiedereinführung der Beihilfe bei sozial bedürftigen Sterbefällen (Bestattungsunterstützung)

IV. Bildung und Wissenschaft

„Thüringen – Zeichensetzung im Sinne der deutschen Einheit“

Das Bildungssystem in Thüringen benötigt vor allem langfristige Planbarkeit und Verlässlichkeit. Ein Herumexperimentieren in jeder Wahlperiode schadet nicht nur dem Ansehen der thüringer Bildungslandschaft, sondern vor allen Dingen der Qualität. Ein bundeseinheitlicheres Bildungssystem ist anzustreben.

Wir benötigen vor allem bessere und preiswertere Angebote für Familien und Ganztageseinrichtungen.

Wir FREIEN WÄHLER in Thüringen beziehen uns daher auf folgende Themenschwerpunkte:

- ◆ **Schaffung thüringeneinheitlicher Lehrpläne, Vereinheitlichung des deutschen Schulsystems.**
Dies ist für uns der wichtigste Ansatzpunkt. Thüringen sollte hierbei Vorbild für alle bundesdeutschen Länder sein und Impulse geben. Neben der Chancengleichheit und einem gerechten Bildungsweg für alle Schülerinnen und Schüler, gilt es auch alte, ineffiziente Strukturen abzubauen und einheitlich zu erneuern. Dabei muss die Qualität der Schulbildung im Vordergrund stehen.
- ◆ **Schulpflicht von 10 Jahren ist anzustreben,**
um durch den Wegfall des Hauptschulabschlusses nach 9 Schuljahren die Attraktivität des Zehnte-Klasse-Abschlusses zu erhöhen und ein vorzeitiges Ausscheiden mit geringerer Schulbildung zu reduzieren. Der einfache Hauptschulabschluss kann bei erfolgreichem Absolvieren der 10. Klassenstufe auch ohne Prüfung automatisch zuerkannt werden.
- ◆ **Förderung des längeren gemeinsamen Lernens und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten des Bildungsweges**
- ◆ **Ausbau und Einführung von Ganztagschulen,**
wobei hier umfangreiche Freizeit- und Förderangebote integriert werden müssen.
- ◆ **Finanzielle Förderung der Kindertagesstätten,**
Entlastung der Kommunen bei der Finanzierung der KiTa's und besonders keine Mehrbelastung. Schlüsselzuweisungsunabhängige KiTa-Förderung, um langfristig die Gebühren für die Eltern abzuschaffen,

beginnend mit dem Vorschuljahr (Finanzierung z.B. durch Abschaffung der „Herdprämie“). Jedes Kind sollte die Möglichkeit einer Sozialisation in einer KiTa haben

- ◆ Ebenso wie die frühkindliche Erziehung muss auch die **Schulbildung durchgängig kostenfrei** angeboten werden. Hierzu gehören neben dem Schulweg auch entsprechende Lehrmittel, anschließende Betreuung sowie etwaige Essensangebote.
- ◆ In den Schulen müssen **mehr Lehrer für kleinere Klassen** eingesetzt werden (damit auch Erhalt von Schulen im ländlichen Raum). Weiterhin benötigen die Lehrer zuverlässige Rahmenbedingungen und attraktive Arbeitsplätze.

Wir FREIEN WÄHLER in Thüringen sehen auch bei folgenden Themen Handlungsbedarf:

- ◆ Erhalt von Schulen im ländlichen Raum
- ◆ Keine Studiengebühren für das Erststudium
- ◆ Elternunabhängiges Bafög für alle Studenten in Thüringen
- ◆ Wiedereinführung der Berufsausbildung mit Abitur
- ◆ Vernünftige Umsetzung der Inklusion in Thüringen (mehr Sozialpädagogen und Inklusionspersonal)
- ◆ Erhalt der Förderschulen

V. Verwaltung und Landesentwicklung

„Thüringen – Wandel gestalten“

Die Unterschiede zwischen ländlicher Struktur und städtischen Ballungszentren sind und bleiben bedeutsam für typisch thüringisches Landesgefüge. Dabei steht der Zusammenhalt aller Regionen im Freistaat Thüringen im Mittelpunkt. Die FREIEN WÄHLER fordern ein gezieltes Entwicklungsprogramm für alle Landesteile. Dabei gilt es, Regionen mit günstigen Entwicklungsvoraussetzungen so zu stärken, dass deren Standortvorteile auf die übrigen Landesteile ausstrahlen. Strukturschwächere Regionen sollen zur demografischen und wirtschaftlichen Stabilisierung gezielt unterstützt werden, um die vorhandenen Potenziale zu nutzen.

Langfristig stabile Rahmenbedingungen sichern auch die Wettbewerbsfähigkeit Thüringens. Die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie die Sicherung der Daseinsvorsorge bleibt Leitvorstellung der Landesentwicklung.

Im zu fast 95 % ländlich geprägten Thüringen muss der Erhalt kleiner Dörfer und Städte primäres Ziel einer nachhaltigen Landesentwicklung sein. Im Zuge einer ausgeglichenen räumlichen Entwicklung ist es deshalb nötig eine bessere Vernetzung von Stadt und Land voran zu treiben.

Die gleichmäßig verteilten Mittelzentren in Thüringen sowie die Entwicklungskorridore entlang leistungsfähiger Verkehrsinfrastrukturen bieten gute Chancen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in allen Landesteilen.

Die Mittel- und Grundzentren sollen dabei wichtige Impulsgeber und Ankerpunkte im ländlichen Raum bleiben. Sie sollen die Daseinsvorsorge, ein gutes Arbeitsplatzangebot und die gute Erreichbarkeit von Bildungs-, Gesundheits-, Handels- und Verwaltungsstandorten sichern.

In der Landesverwaltung gilt es zu prüfen, welche Aufgaben von den oberen und obersten Verwaltungen nach „unten“ weitergegeben werden können. Kommunen müssen die Möglichkeit erhalten, das Maximum der von ihnen leistbaren Kompetenzen eigenverantwortlich zu entscheiden. Die Entschlackung der obersten Verwaltungsebenen spart nicht nur das meiste Geld, sondern bietet gleichzeitig die größten Potenziale für eine Effizienzsteigerung. Bei einer Verwaltungsreform und der Verlagerung von Aufgaben muss das Konnexitätsprinzip als oberste Handlungsmaxime gelten, d. h. wer Aufgaben abgibt, muss auch den entsprechenden Ausgleich dafür leisten.

Zur Steigerung der Verwaltungseffizienz ist ein immer engeres Zusammenwirken mit den beiden anderen mitteldeutschen Ländern anzustreben.

Wir FREIEN WÄHLER in Thüringen beziehen uns daher auf folgende Themenschwerpunkte:

◆ **Umsetzung einer durchdachten Verwaltungsreform.**

Sinkende Einwohnerzahlen, geringere Einnahmen und somit rückläufige Haushaltsmittel führen zu einem raschen Handlungszwang. Die FREIEN WÄHLER in Thüringen begrüßen eine solche Reform ausdrücklich, die bisherigen Pläne dazu lehnen wir allerdings ab. Neben schlankeren Verwaltungsstrukturen bestünde bei einer ordentlichen Umsetzung die Chance auf eine Verbesserung kommunaler Handlungsspielräume sowie einer neuen bürgerorientierten Verwaltung. Die Diskrepanz zwischen Effizienz, Mitbestimmung und Erreichbarkeit gilt es dabei vorrangig zu lösen.

Mehr Elemente des modernen eGovernment müssen etabliert und umgesetzt werden. Neben der Digitalisierung über alle Verwaltungsstrukturen hinweg, könnten viele Wege wegfallen und sozial verträglich auch Personal eingespart werden.

Es müssen alle Dokumente und Informationen, von Satzungen bis hin zu Planungsverfahren über das Internet abrufbar sein. Viele Anträge, Formulare etc. könnten online bearbeitet und versendet werden.

Der Dialog mit dem Bürger und schnelle und unbürokratische Hilfe stehen für uns, trotz digitaler Vielfalt im Vordergrund. Wir setzen deshalb auch auf kompetente Kontaktpersonen vor Ort. Wir möchten einen Bürgerservice etablieren, der es erlaubt als zentraler Ansprechpartner für jegliche Bürgerbelange zu fungieren und der gleichzeitig die Möglichkeit bietet, Behördengänge zusammen zu fassen.

◆ **Ablehnung einer Gebietsreform „von oben“**

Die Identifikation mit Landkreisen, Gemeinden und Städten und fällt sehr unterschiedlich aus, so dass Gebietsveränderungen grundsätzlich nur „von unten“, also aus den Kommunen heraus, angestoßen werden sollen. Eine breite gesellschaftliche Akzeptanz bei den Betroffenen und ein eindeutiger Nachweis der Wirtschaftlichkeit ist dafür die Grundvoraussetzung. Sie kann, besonders bei diesem Thema, nur durch einen intensiven Dialog mit den Bürgern erreicht werden.

Dabei darf die Größe zukünftiger Landkreise und Gemeinden nicht allein von der Einwohnerzahl abhängig gemacht werden. Faktoren wie geographische Lage und Identität oder die Wirtschaftsleistung einzelner Regionen müssen Berücksichtigung finden.

VI. Finanzen und Kommunalabgaben

„Thüringen – fair und solide“

Die Konsolidierung des Landeshaushaltes gilt es als große Zielsetzung zu erreichen. Hierbei dürfen die notwendigen Sparanstrengungen nicht einseitig zu Lasten der Kommunen gehen. . Eine Veränderung der Wirtschaftlichkeitsrechnung durch Einflussnahme des Landes über die Kürzung von KFA ist zu verhindern.

Der überbordende Verwaltungsapparat des Landes muss entschlackt und auf ein vernünftiges Maß zurückgefahren werden. Wenn Aufgaben auf die Kommunen übertragen werden, muss auch ein tatsächlicher Ausgleich geschaffen werden.

Auch die Kommunalabgaben müssen vernünftig geregelt und mit den Betroffenen eng abgestimmt werden. Es darf nicht sein, dass Kommunen nur dazu dienen, unangenehme Entscheidungen des Landes durchzusetzen.

Wir FREIEN WÄHLER in Thüringen beziehen uns daher auf folgende Themenschwerpunkte:

- ◆ Bürgerfreundliche Änderung des überalterten Kommunalabgabengesetzes (Änderung der Verjährungsfristen, Rücknahme der Beschlüsse zur rückwirkenden Straßenausbaubeiträgen, Straffung der Verbandsstrukturen)
- ◆ Das Land hat dafür zu sorgen, dass alle Kommunen mehr als 20% der Schlüsselzuweisungen und sonstigen Zuschüsse eigenverantwortlich einsetzen können. Damit soll die Eigenverantwortung der Gebietskörperschaften und tatsächliche kommunale Selbstverwaltung gestärkt und geschaffen werden.
- ◆ Die Konsolidierung der Kommunalhaushalte muss bis 2019 geregelt sein.

VII. Wirtschaftspolitik

„Thüringen – vom Transitland zum stabilen Wirtschaftsanker“

In der Wirtschaftspolitik muss die teilweise fragwürdige Förderpolitik überdacht werden. Wir müssen die zentrale Lage in Deutschland besser nutzen, um hochwertiges produzierendes Gewerbe und Industrie anzusiedeln und Fachkräfte in Thüringen zu halten.

Hierbei müssen die bestehenden Subventionen gezielter eingesetzt werden.

Wir FREIEN WÄHLER in Thüringen beziehen uns daher auf folgende Themenschwerpunkte:

- ◆ Zukunftssichernde Löhne, was wir durch den gezielten Aufbau und die Ansiedlung innovativer, technischer und handwerklicher Unternehmen fördern wollen.
- ◆ Angleichung der Löhne an das Niveau der alten Bundesländer, auch im öffentlichen Dienst, was nach 25 Jahren deutsche Einheit überfällig ist.
- ◆ Aufwertung des Meistertitels und Ausbau der Meisterförderung, z. B. durch einen Meisterbonus bei erfolgreichem Abschluss.

- ◆ Zahlung eines Azubi-Bonus oder Ausgabe von Weiterbildungsgutscheinen (für weitere Meisterausbildung o.a.) bei gutem Berufsabschluss und Verbleib in einem Thüringer Unternehmen.
- ◆ Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern, um Fachkräfte nach Thüringen zu holen bzw. zu binden. Das bedeutet gute Ausbildungsplätze, Kinder- und Jugendförderung, Gesundheitsvorsorge und kulturelle Förderung.
- ◆ Vereinfachte Unternehmensgründung und Unterstützung von Unternehmensnachfolgen
- ◆ Verringerung der bürokratischen Hemmnisse, damit sich hochwertiges Gewerbe und zukunftsfähige Industrien ansiedeln können.
- ◆ Verbesserung der touristischen Vermarktung und der resultierenden Wertschöpfung.
- ◆ Verbesserung der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten von Kommunen. Hier sind vor allem bürokratische Hemmschwellen abzubauen.
- ◆ Erhalt des Sparkassen- und Genossenschaftsbankensystems in Thüringen.

VIII. Bau- und Verkehrspolitik

„Thüringen – in einer guten Lage – Chancen erkennen, Strategien entwickeln, Vorteile nutzen“

Die zentrale Lage Thüringens, macht das Land speziell für den Verkehrssektor attraktiv und lässt somit einen für den Binnenmarkt wichtigen Umschlags- und Verkehrsknotenpunkt wachsen. Der hohe Nutzen, speziell für die Wirtschaft, auf der einen Seite, lässt jedoch eine Vielzahl von Herausforderungen auf der anderen Seite entstehen. Die hohe Beanspruchung der Infrastruktur steigert die Kosten für die Instandhaltung und den Bedarf an kapazitären Umgestaltungsmaßnahmen, um dem Aufkommen auch in Zukunft gerecht zu werden. Eine weitere Forderung sind kontinuierliche Weiterentwicklungen zur Entlastung der Umwelt.

Wir als FREIEN WÄHLER in Thüringen beziehen uns daher auf folgende Themenschwerpunkte:

- ◆ Schaffung von infrastrukturellen Voraussetzungen für den nichtmotorisierten Individualverkehr, was vor allem den Ausbau von Rad- und Fußwegen an Landesstraßen beinhaltet.
- ◆ Intelligente Verkehrsbeeinflussungsanlagen zur Gewährleistung eines optimalen Verkehrsflusses auf der Straße. Neben dem Verkehrsfluss, dient dieses auch Sicherheitsaspekten und fördert den Umweltschutz.
- ◆ Erarbeitung eines Rückbaukonzepts bzw. die Anpassung der Infrastruktur an die aktuellen Gegebenheiten und die Zukunftsprognosen in strukturschwachen Gebieten.
- ◆ Ausbau und Förderung des öffentlichen Verkehrssektors, um die Teilhabe aller Menschen an Mobilität auch über weitere Strecken und speziell im ländlichen Raum zu ermöglichen. Ebenso kann damit eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs in Zentren mit hohem Verkehrsaufkommen erfolgen.
- ◆ Mehr Landesverantwortung beim Bau und der Unterhaltung von Straßen, um die Kommunen insbesondere bei kostenintensiven Infrastrukturprojekten zu unterstützen. Die Umwidmungen von Straßen, zu Lasten der Kommunen sind zu vermeiden und ggf. rückgängig zu machen.
- ◆ Bau-Großprojekte nur mit Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger umsetzen und nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des maßlosen Fördermittelbezuges betrachten. Die Kosten-Nutzen- sowie die

Risikoanalyse bilden hierbei die Grundpfeiler und müssen für alle Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sein.

- ◆ Reduzierung des „Schilderwaldes“

Wir als FREIEN WÄHLER in Thüringen sehen auch bei folgenden Themen Handlungsbedarf:

- ◆ Erstellung einer Prioritätenliste für die Instandsetzung von Landesstraßen
- ◆ Aufbau landesweiter Mobilitätszentralen mit individuellen regionalen Spezialisierungen
- ◆ Erweiterung der Verkehrsüberwachung mittels stationärer Messanlagen an besonders gefährdeten Stellen

IX. Sicherheit und Bevölkerungsschutz

„Thüringen – sicher leben“

Thüringen soll ein Land sein, in dem die Bürger in Freiheit und Sicherheit leben können. Deshalb befürworten wir einen hohen Standard im Bereich der inneren Sicherheit und eine leistungsstarke Justiz. Dabei wollen wir eine angemessene Balance zwischen bürgerlicher Freiheit und innerer Sicherheit wahren. Die Aufrechterhaltung der Sicherheit darf aber kein Selbstzweck sein, sondern hat stets der Gewährleistung der Grundrechte zu dienen und auch dem Datenschutz eine besondere Bedeutung beizumessen.

Das freiwillige Engagement bei Hilfeleistungseinrichtungen, wie z.B. bei den Feuerwehren gilt es zu unterstützen und rechtlich weiter abzusichern.

Wir FREIEN WÄHLER in Thüringen beziehen uns daher auf folgende Themenschwerpunkte:

- ◆ Stopp des Stellenabbaus bei der Polizei - wir benötigen in Thüringen gut ausgebildete, gut ausgestattete und präsenste Sicherheitskräfte. Keine Privatisierung von öffentlichen Sicherheitsaufgaben.
- ◆ Effizientere Kontrolle des Verfassungsschutzes und ggf. komplette Neustrukturierung
- ◆ Stärkung des Datenschutzes (auch bei privaten Unternehmen)
- ◆ Stärkere Unterstützung und Förderung der freiwilligen Hilfeleistungseinrichtungen, wie z.B. der Feuerwehren. Hierbei muss insbesondere die Einführung des Digitalfunks TETRA umgesetzt werden.
- ◆ Erhalt der dezentralen Rettungsleitstellen
- ◆ Die Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes auf Landkreisebene bedarf einer Überprüfung. Vorhandene Doppelstrukturen sind abzubauen und die frei werdenden Gelder sinnvoll einzusetzen.
- ◆ Weiterer Ausbau des Hochwasserschutzes

X. Umwelt- Energie- und Agrarpolitik

„Thüringen – Grünes Herz in Deutschland und Europa“

Neben dem demografischen und energetischen Wandel steht auch der verantwortungsvolle Umgang mit knappen Ressourcen wie Energie und Fläche im Mittelpunkt.

Wir FREIEN WÄHLER in Thüringen beziehen uns daher auf folgende Themenschwerpunkte:

- ◆ Bei der Energiewende setzen wir auf eine landesweit koordinierte und regional umgesetzte Vorgehensweise, die Bürger sowie Behörden beteiligt und auch Interessengruppen mit einbezieht. Neben der Erhöhung der Effizienz muss der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben werden. Wir setzen dabei auf technologieoffene Mengenziele und nicht auf einseitige Bevorzugung beispielsweise der Windenergie.
- ◆ Fehlerhafte Subventionierungspolitik muss geändert werden, z.B. in der Stärkung kommunaler Energiepools.
- ◆ Thüringen muss Vorreiter im Bereich grundlastfähiger Energiebereitstellung sein, z.B. bei Biomasse (nicht zu Lasten der Agrarflächen) und Pumpspeicherwerken sowie Wasserstoffspeichern (Methanisierung). Bei flächenintensiver Energiegewinnung oder -speicherung müssen die regionalen Besonderheiten und Wünsche unbedingt Berücksichtigung finden.
- ◆ Windenergieanlagenentscheidungen müssen in den Kommunen getroffen werden.
- ◆ Weitere Stromtrassen durch Thüringen halten wir für überflüssig und streben den Ausbau der dezentralen Energieerzeugung an.
- ◆ Die Aussaat und das Angebot genmanipulierter Pflanzen sind zu unterbinden.
- ◆ Vertragswerke wie das Freihandelsabkommen TTIP sind abzulehnen und erst nach kritischem Hinterfragen, öffentlicher Diskussion und unter Berücksichtigung des deutschen Verbraucherschutzes wiederaufzunehmen.
- ◆ Stärkere Förderung nachhaltiger Forstwirtschaft

XI. Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung

Wasser

Im Jahr 2004 erfolgte die Umstellung auf eine verbrauchsorientierte Abrechnung im Bereich Trinkwasserversorgung. Dies führte erfreulicherweise bei vielen Trinkwasser-Zweckverbänden zu schwarzen Zahlen, während im Bereich Abwasser noch rote Zahlen stehen.

Jedoch trübt die Zentralisierung der Wasserversorgung auf einzelne Großspeicherflächen mit ihren enorm hohen Herstellungs- und Unterhaltungskosten dieses positive Ergebnis ein. Die Eingriffe in die Umwelt und in die kommunale Selbstverwaltung sind bleibende Schäden an Mensch und Natur.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass die Wasserversorgung über Fernwasser zur Zeit nicht einmal 20.000 m³ Wasser pro Tag beträgt, da weder die Aufbereitungsanlagen für Trinkwasser noch die Abgangsleitungen für die geplanten 50.000 m³ Trinkwasser in der erforderlichen Größe geplant und eingebaut wurden. Bei einem Ausfall des Fernwassersystems sind außerdem kostspielige Ersatzlösungen notwendig.

Die Abhängigkeit von einem zentralen Großversorger führt außerdem dazu, dass im Falle einer Privatisierung der Wasserversorgung eine Monopolstellung entsteht, und der Wasserpreis nach Belieben gestaltet werden kann.

200 Mio. Euro als Kosten entstanden dem Steuerzahler allein bei der Fusion der Thüringer Talsperren-Verwaltung und den Fernwasserzweckverbänden Nord- und Südthüringen. Die Talsperre Leibis hat nach Feststellungen des

Untersuchungsausschusses „Fernwasser“ 500 Mio. Euro pro Jahr Bauzeit gekostet, obwohl ein Bedarf nicht eindeutig nachgewiesen wurde. Wie sich jetzt zeigt, reicht die Kapazität der Talsperre Leibis nicht aus, um wie versprochen Ostthüringen daraus vollständig zu versorgen.

Abwasser

In Thüringen wurden seit 1990 über 140 Zweckverbände für Wasser und Abwasser errichtet. Alle mit der Auflage Abwasser zu entsorgen, zu transportieren und zu reinigen. Gleichzeitig wurden alle rechtlich notwendigen Grundlagen in die Hände dieser Zweckverbände in Thüringen gelegt. Die Rahmenrichtlinie der EU fordert nunmehr den verstärkten Schutz des Grundwassers. Als Beispiel bewirkt die Änderung der Phosphat-Grenzwerte, dass die Wassereinzugsflächen unserer Gewässer, die gestern noch in Ordnung gewesen waren, jetzt „hochgradig“ mit Phosphor belastet sind.

Im ländlichen Raum löst die bisherige Landesregierung dieses Problem auf den Schultern der Grundstückseigentümer. Diese sollen für die Reinigung des Abwassers privat finanzierte Kleinkläranlagen errichten. Hierzu hat die Landesregierung das Thüringer Wassergesetz auf den Weg gebracht, um mit Abwasserbeseitigungskonzepten die Entsorgung über Kleinkläranlagen weiter zu ermöglichen. Die Auflage der Zweckverbände allein für die Entsorgung von Abwasser zuständig zu sein, wird dort aufgehoben. Die Kosten dieser dezentralen Lösungen steigen für die Grundstückbesitzer im Vergleich zur zentralen Entsorgung um 100% bis 200%.

Als Nachteil kommen noch die erheblichen Versagensausfälle durch die geringe Auslastung von Kleinkläranlagen je Hauseinheit und die damit verbundenen Kosten für den bakteriellen Neubesatz hinzu. Lösungsansätze wie Gruppenkläranlagen für kleinere Ortschaften, Pumpstationen zur Auslastung der überdimensionierten Bestandsanlagen stecken leider in Thüringen noch in den Kinderschuhen.

Gleichzeitig muss auch eine Veränderung in der Struktur der Zweckverbände und der Berechnung von Abwasser einhergehen. Die Anzahl der Zweckverbände kann durch Fusion deutlich verringert werden. Dies führt langfristig zu einer erheblichen Entlastung der Verwaltungskosten. Die Verbandsgrößen sollten sich mindestens an den Verwaltungsgrößen der Landkreise orientieren.

Hinzu kommt das Abwasser das einzige leitungsgebundene Medium ist, welches noch nicht verbrauchabhängig abgerechnet wird.

Wir FREIEN WÄHLER in Thüringen fordern deshalb:

- ◆ Keine Privatisierung der Trinkwasserversorgung
- ◆ Erhaltung von dezentralen Standorten für die Trinkwasserversorgung, um die Abhängigkeiten zu verringern
- ◆ Zusammenlegung von Zweckverbänden auf Landkreisebene zur Kostenoptimierung
- ◆ Die Abwasserentsorgung im ländlichen Raum ist als zentrale Aufgabe der Zweckverbände und nicht der Bürger zu definieren. Dort sind, bis zur Lösung über Gruppenkläranlagen, die Kleinkläranlagen durch die Zweckverbände herzustellen und die Entsorgung zu übernehmen. Die Kleinkläranlagen bleiben im Eigentum der Zweckverbände. Die Kosten hierfür werden, wie bei anderen erschlossenen Grundstücken einmalig als Erschließungsbeitrag abgerechnet.
- ◆ Verbrauchsorientierte Abrechnung von Abwasser mit Wegfall von Kommunalabgaben zur Entlastung der Zweckverbände, wie bei der Trinkwasserabrechnung.

- ◆ Eine stärkere Beteiligung des Bundes in der Trinkwasser- und Abwasserproblematik, um durch die europäische Gesetzgebung die Bürokratie zu verschlanken und den Bürger zu entlasten.

XII. Kunst und Kultur

„Thüringen – Kulturland“

Thüringen ist das deutsche Bundesland mit einer lebendigen und historisch gewachsenen Kulturlandschaft. Diese gilt es zu erhalten und als Standortfaktor zu nutzen.

Wir FREIEN WÄHLER in Thüringen beziehen uns daher auf folgende Themenschwerpunkte:

- ◆ **Wir stehen zu den bedeutenden Thüringer Kulturstandorten**, diese müssen einen besonderen Umgebungsschutz erhalten, der z.B. bei der künftigen Planung von Infrastrukturprojekten berücksichtigt werden muss.
- ◆ **Theater, Konzerthäuser, Bibliotheken und Museen** sollen entsprechend ihrer historischen Bedeutung erhalten werden. Da der Betrieb von kleineren Einrichtungen teilweise kritische Erhaltungskosten bedeutet, sind Zusammenlegungen insbesondere aber Zusammenarbeit zu prüfen sowie Alternativen aus den neuen Medien zu suchen und zu fördern. Einrichtungen von überregionaler Bedeutung sind durch das Land finanziell zu unterstützen.

XIII. Medien und Kommunikation

„Thüringen – multimediales Ballungszentrum“

Unser ländlich geprägter Freistaat benötigt eine moderne und leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur und auch eine entsprechende Medienlandschaft, um die Menschen in Thüringen untereinander und auch mit der Welt zusammenzuführen.

Wir FREIEN WÄHLER in Thüringen beziehen uns daher auf folgende Themenschwerpunkte:

- ◆ **Ausbau des Breitband-Internets in ganz Thüringen mit mindestens 50 MBit/s.** Ein bisher geförderter Breitbandanschluss mit 2 MBit/s ist schon für jetzige Anforderungen nicht ausreichend und hängt insbesondere die ländlichen Regionen von der Entwicklung ab.
- ◆ **Aufbau eines landesweiten Bürgerinformationssystems**, für Probleme, Barrieren und Anfragen auf allen Verwaltungsebenen.
- ◆ Die Landesmedienanstalt soll den Rundfunk als öffentliches Medium weiter unterstützen und offene Bürgerkanäle fördern. Eine intensive Zusammenarbeit mit den anderen mitteldeutschen Ländern ist Voraussetzung.
- ◆ Die Netzneutralität ist zu gewährleisten (ggf. muss das Land Eigentümer der Kommunikationsnetze als extrem wichtiger Infrastruktur werden)

XIV. Thüringen im Bund und in Europa

„Thüringen – mitten in Deutschland und mitten in Europa“

Wir FREIEN WÄHLER in Thüringen bekennen uns zu Europa sowie zu dessen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein starkes Europa, ein **Europa der Regionen**, ist eine zentrale Gestaltungsaufgabe, um Frieden und Freiheit dauerhaft zu sichern.

Die Europäische Union muss sich aber stärker demokratisch organisieren und eine grundlegende Reform der Institutionen und Organisationen angehen.

Wir FREIEN WÄHLER in Thüringen beziehen uns daher auf folgende Themenschwerpunkte:

- ◆ **Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung** in Thüringen und Deutschland.
- ◆ **Zwingende Einhaltung des Subsidiaritätsgrundsatzes** auf allen Ebenen.

Dies bedeutet, der jeweils bestmöglichen Verantwortungs- und Handlungsebene Vorrang einzuräumen. Festzustellen ist jedoch, dass in zunehmendem Maße sowohl die EU als auch der Bund Kompetenzen der Kommunen und Länder an sich ziehen, so dass die Legitimation der eigentlich verantwortlichen Ebene sinkt und sowohl der Föderalismus als auch die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt werden.

- ◆ **Subventionswettlauf einstellen.**

Wir plädieren für eine Umwandlung der traditionellen europäischen Strukturpolitik mit ihrem Subventionswettlauf in eine gezielte eigenständige Regionalförderung, welche durch die jeweiligen Mitgliedstaaten mitgestaltet werden kann. Wir wollen die Zusammenarbeit der Regionen stärker fördern.